

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł.
monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,00 Zł. Bei
Postbezug vierteljährlich 16,08 Zł., monatlich 5,36 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 7 Zł.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Kolonetzelle 30 Groschen, die 90 mm
breite Kolonetzelle 150 Groschen, Danzig 20 bz. 100 Ds. 30
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorbehalt und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 28.

Bromberg, Sonnabend den 5. Februar 1927.

51. Jahrg.

Entwaffnung und Kontrolle.

Das Ende der interalliierten Militär-
Kontrollkommission.

§ 213 des Friedensvertrages in Wirklichkeit.

Mit dem 31. Januar dieses Jahres sind die Befugnisse der interalliierten Militärkontrollkommission, die bisher in Berlin ihren Sitz hatte, zu Ende gegangen. Ihre Mitglieder sind zum Teil von Berlin abgereist, in jedem Falle hat dieses viel umkämpfte Organ der alliierten Regierung aufgehört, zu existieren.

Nicht ganz leichten Herzens werden Marschall Foch und die Vorkonferenz der Entente den Vertrag mit Deutschland unterzeichnet haben, durch den die letzten Zweikämpfe in der Entwaffnungsfrage Deutschlands beseitigt worden sind. Mit der Unterzeichnung der letzten Note ist gleichzeitig Deutschland die Generalquittung darüber ausgestellt worden, daß es seine Verpflichtungen auf dem Gebiete der Entwaffnung vollständig erfüllt hat.

In diesem weltgeschichtlichen Augenblicke muß sich Europa um seine Lage richtig zu verstehen, den Teil V des Versailler Friedensvertrages ins Gedächtnis zurückrufen, der die militärischen Bestimmungen enthält und vor allem die Bestimmungen über die Einzelheiten der Deutschland auferlegten Entwaffnung regelt. Dieser bedeutende Teil beginnt mit den Worten: „Um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und Luftfahrt genau inne zu halten.“

Deutschland hat, wie seine Gegner selbst zugeben, seine Entwaffnung in der vorgeschriebenen Weise durchgeführt, mithin ist die Vorbedingung für die allgemeine Abrüstungsbeschränkung der Staaten gegeben, mit anderen Worten, die anderen Staaten müssen nun ebenfalls ihrer Verpflichtung nachkommen und mit ihrer Abrüstung beginnen.

Deutschland, das von allen Unterzeichnern des Versailler Friedensdokuments bisher allein seinen Abrüstungsverpflichtungen nachgekommen ist, steht sich mit den Verbündeten der interalliierten Militärkontrollkommission von einem Abbruch befreit. Der praktische Wert dieser Einrichtung ist nicht nur von deutscher Seite stets als durchaus illusorisch hingestellt worden, auch bei den Alliierten selbst haben vernünftige Leute sich längst darüber Rechenschaft abgeleitet, daß diese Überwachungsanstalten ungeheure Summen des deutschen Volksermögens verschlungen und damit erhebliche Summen den Reparationsverpflichtungen entzogen haben, ohne daß die Erfolge ihrer Tätigkeit zu dem von ihnen angerichteten Schaden in einem annehmbaren Verhältnis gestanden hätten. Ganz abgesehen davon aber waren diese Kontrollorgane eine ständige Beunruhigung für die deutsche Bevölkerung, die sie nicht nur als nutzlos, sondern auch als ständige Provokation betrachteten mußte.

Der vierte Absatz der militärischen Friedensbestimmungen war so unbestimmt, daß der Willkür der Entente jeder Raum gelassen war. Trotzdem war man im September 1919 in der deutschen Öffentlichkeit nicht wenig überrascht, als die schlimmsten Erwartungen, die man in dieser Hinsicht hegte hatte, noch weit übertroffen wurden; denn nicht weniger als rund 150 Offiziere der früher feindlichen Heere zogen mit großem Unterpersonal in Berlin ein, um sich hier halb zu einer Zahl von 500 Offizieren und etwa dem dreifachen Bestande von Sekretären, Chauffeuren und Bureaupersonal zu vermehren. Dieses ungeheure Heer überflüssiger Kräfte mußte von dem verarmten Deutschland bezahlt, und zwar gut bezahlt werden, denn nicht nur, daß Offiziere und Beamte sich auf Kosten des Deutschen Reiches in den besten Hotels der Reichshauptstadt einquartierten, auch die Gehälter der Kommissionsmitglieder gingen über jedes vernünftige Maß weit hinaus und übertrafen vor allem um ein Beträchtliches die Bezüge der entsprechenden deutschen Beamten und Offiziere. Der Vorsitzende der Militärkontrollkommission, der französische General Kollé, dem in den späteren Jahren der französische General Walch folgte, sorgte dafür, daß nicht nur seine Landsleute, sondern auch die anderen Alliierten keine Not litten und in der „Kolonie“ Deutschland gut und reichlich lebten. In Deutschland wird daher den abreisenden fremden Offizieren kein Mensch eine Träne nachweinen.

An Stelle der interalliierten Militärkontrollkommission tritt bekanntlich nach den Genfer Beschlüssen der § 213 des Versailler Friedensvertrages in Kraft, demzufolge zwar eine ständige und dauernde Kontrolle in Deutschland unterbleibt, aber doch eine sogenannte Investigationskommission jederzeit auf Veranlassung irgend einer Ratsmacht zu einer Kontrolle der deutschen Militäreinrichtungen schreiten kann. Zum Präsidenten dieser Kommission ist der französische General Baratrier ausgerufen. Da man zugleich in Genf beschloß, die Untersuchungskommission nur dann in Tätigkeit treten zu lassen, falls sich im Rat eine Einstimmigkeit für eine solche Initiative erzielen läßt, und da andererseits für eine solche Einstimmigkeit auch die Zustimmung des deutschen Vertreters im Völkerbund erforderlich wäre, so hat man auf Seiten der Alliierten einen Ausweg dadurch gefunden, daß man im § 5 der Genfer Abmachung eine Einrichtung traf, wonach jede der auf der Vorkonferenz vertretenen Regierungen ihrer Votschaft in Berlin einen technischen, d. h. militärischen Sachverständigen beigeben kann, dessen Aufgabe es ist, mit den zuständigen deutschen Behörden gegebenenfalls in Verbindung zu treten.

Die Beendigung der interalliierten Militärkontrolle wird man gerade im Interesse des europäischen Friedens aufs lebhafteste begrüßen können, weil ihr Abschluß eine weitere Etappe auf dem Wege zur deutsch-französischen Verständigung ist. Der nächste logische Schritt, den durchzusetzen eine der vornehmsten Aufgaben der neuen Reichsregierung sein wird, wird die Beendigung der Rheinlandbesetzung sein, deren Versailler Rechtsmittel nach der

erfolgten Abrüstung Deutschlands hinfällig geworden ist. Nachdem gerade die Deutschnationalen, die jetzt in der Reichsregierung einen bestimmenden Einfluß ausüben, den Bereich erbracht haben, daß sie die in Locarno und Thoiry getroffenen deutsch-französischen Vereinbarungen anerkannt haben, muß für die französischen Regierungskreise ein erheblicher Einwand wegfallen, der sie bisher gehindert hat, zur Stetigkeit der deutschen Außenpolitik das Vertrauen zu haben, das ein nach Lage der Dinge unumgängliches Entgegenkommen in der Besatzungsfrage rechtfertigen würde.

Das Sofort-Programm.

In einer in Döppeln abgehaltenen Konferenz mit Vertretern der schlesischen Städte, der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der Berufsverbände Schlesiens hielt der preussische Innenminister Grzesinski eine längere Ansprache, in der er u. a. sagte:

Deutschland muß mit dem tatsächlichen Sachzustand rechnen und kann versuchen, das wiederzuerlangen, was es nur mit Hilfe der moralischen Waffe verloren hat. Das Bewußtsein dieser Art real sein können, dafür zeugen am besten die Zahlen: bei der Volksabstimmung stimmten 31 Prozent der Bevölkerung für Polen und jetzt ist diese Zahl auf 8 Prozent der polnischen Stimmen gesunken, die bei den Reichstagswahlen im Jahre 1924 abgegeben wurden. Eine kulturelle Eroberung dieser Art kann nicht durch Terror erreicht werden und auch nicht durch kriegsmittelartige Behandlung eines Teils der Bevölkerung oder ihrer kulturellen Schichten. Im Gegenteil muß die ständige Achtung der preussischen und der deutschen Politik die vorbehaltlose Durchführung des Genfer Abkommens und der Verzicht auf die Entnationalisierung unter Anwendung von Zwang sein. Als Beispiel für den guten Willen von Seiten des Reichs und Preußens, Überschreiten und seinen Bewohnern ohne Unterschied der Nationalität zu Hilfe zu kommen, wies der Minister auf das sogenannte Sofort-Programm hin, das erhebliche Summen zum Bau von Schulen, Kirchen und für andere kulturelle Bedürfnisse auf diesem Gebiet bestimmt. Berechtigt wurden auch bedeutende Beträge für die Kolonisation der deutschen östlichen Grenzgebiete, was zum Zwecke hat, eine größere Anzahl von Kolonisten aus West- und Süddeutschland in den östlichen Grenzgebieten anzusiedeln. Zum Schluß erklärte der Minister: Entgegen allen Versuchen eines Teils der polnischen Presse (der Agrarreformminister gehört leider auch dazu! D. R.) diese Absichten des Sofort-Programms bewußt nicht verstehen zu wollen, möchte ich betonen, daß Mittel zur Durchführung des Programms

der ganzen Provinz und allen ihren Bewohnern

zugute kommen, daß also von einem Ausrottungsprogramm, das sich gegen die polnische Minderheit wenden würde, keine Rede sein kann. Eine Arbeit, die neue Werte schafft, kann den Völkern und völkischen Gruppen nur Wege zu neuen Zielen eröffnen.

Aufgehobene Immunität.

Die Auslieferung der verhafteten wehrthensischen Abgeordneten in der Kommission.

Warschau, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Popiel von der Nationalen Arbeiterpartei die Reglements-Kommission des Sejm zusammen, die sich mit der Auslieferung der vier wehrthensischen und eines Abgeordneten der Unabhängigen Bauernpartei zu beschäftigen hat. An der Sitzung nahmen teil: Justizminister Męzłowicz, Vizeminister im Justizministerium Car, Innenminister General Skłodowski, der Direktor des politischen Departements im Innenministerium Dr. Swiatalski und einige höhere Ministerialbeamte. Vor der Sitzung hatte der Justizminister Męzłowicz mit dem Referenten Abg. Dobrzański und dem Vorsitzenden der Kommission eine kurze Unterredung, worauf der Abg. Popiel der Kommission mitteilte, daß auf Antrag der Regierung die Sitzung einen streng vertraulichen Charakter habe. In seinem Referat stellte der Abg. Dobrzański (Nationaldemokrat) den Antrag auf Auslieferung der fünf Abgeordneten, da „er in dem von der Regierung vorgelegten Aktenmaterial genügend Beweise für die Notwendigkeit der Verhaftung der Abgeordneten gefunden habe“.

Nach einer 9/11stündigen Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. Von den 14 Kommissionsmitgliedern, die das Stimmrecht haben, haben sich der Stimme enthalten Abg. Popiel als Vorsitzender der Kommission und Abg. Sanojca (Bauernpartei).

Mit 8 gegen 4 Stimmen nahm die Kommission den Antrag auf Auslieferung der 5 verhafteten Abgeordneten an. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Sejm erteilt die Genehmigung zur weiteren Strafverfolgung der Abgeordneten Raf = Michajlowski, Wokosajn, Mitola, Tarasiewicz und Solowacz im Sinne und in den Grenzen der Anträge des Wilnaer Procurators vom 21. Januar 1927.“

Im Anschluß hieran wurde über einen Antrag des Jüdischen und des Wehrthensischen Klubs abgestimmt, der folgenden Wortlaut hatte:

„Die Kommission stellt fest, daß die ohne zuvorige Genehmigung des Sejm erfolgte Verhaftung der Abgeordneten mit dem Art. 21 der Konstitution nicht vereinbar war.“

Für den Antrag fand sich keine Mehrheit (!). Für den Antrag stimmten nur die Vertreter der P.S., der Bauernpartei, des Jüdischen und des Wehrthensischen Klubs. (Ein deutscher Abgeordneter ist in der Reglements-Kommission nicht vertreten. — D. R.) Zu den beiden An-

Der Stand des Stots am 4. Februar:

In Danzig: Für 100 Stots 58,05
In Berlin: Für 100 Stots 47,18
(beide Notierungen vorbörslich)

Sant Wolski: 1 Dollar = 8,90
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,92.

tragen wird heute die Plenarsitzung des Sejm Stellung nehmen.

Die Wojewódzki-Affäre.

(Von unserem Warschauer □-Berichterstatter.)

Am Dienstag, den 1. Februar, hielt das Marschallgericht in der Angelegenheit des Abg. Wojewódzki unter dem Vorsitz des Vizemarschalls Dajnowski seine erste Sitzung ab. Zuerst wurde Abg. Wojewódzki vernommen. Zum Verhör wurden Sejmstenographen zugezogen, welche die Aussagen Wojewódzki und seine Antworten auf die ihm vom Gericht gestellten Fragen stenographisch festlegen werden. Um 12 Uhr ertönen beim Marschall Rataj ein wehrthensischer Politiker namens Alexiuk aus Komogrodok und erbot sich, wichtige Aussagen zur Wojewódzki-Affäre zu machen. Vizemarschall Dajnowski ordnete die sofortige Vernehmung des Alexiuk an.

Als Zeugen werden alle Mitglieder des Präsidiums der Wyzwolenie-Partei aus dem Jahre 1923 vorgeladen werden, also die Abg. Tugut, Malinowski, Rudzinski, der gegenwärtige Minister Niedziński, Stolarzki, Kordowski und Putek.

In der Frage der Zusammenfassung des Marschallgerichts, d. h. in der Frage, ob Dajnowski und Poniatowski ihre richterlichen Funktionen fortführen oder infolge des Protestes Wojewódzki ausüben werden, ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen worden.

Wie die „Nacjonalista“ mitteilt, hat der Abg. Wojewódzki in einem Gespräch mit Journalisten geäußert, daß er die von der Defensiv-Abteilung des Generalklubs erhaltenen Summen dem „Wyzwolenie“-Präsidium für Organisationszwecke der Partei übergeben hätte. Auf diese Weise seien die „Wyzwolenie“-Organisationen in den Ostprovinzen zustande gekommen.

Die kompromittierte „Wyzwolenie.“

Warschau, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die Wyzwolenie-Partei hat den Abgeordneten Halko aus der Partei ausgestoßen, unter der Bedingung, daß er seine Mitgliedschaft zur Erlangung von persönlichem Gewinn mißbraucht habe. Gestern war Halko im Sejm der Held des Tages und protestierte energisch gegen die ihm gemachten „Unterstellungen“. Gleichzeitig richtete er an den Sejmarschall ein Schreiben, in dem er den „wahren, sensationellen Grund“ angibt, der zu seiner Ausschließung aus der Partei geführt hat. Er habe selbst an den Vorsitzenden des Wyzwolenie-Klubs am 30. Januar ein Schreiben gerichtet, in welchem er seinen freiwilligen Austritt aus dem Klub anmelde. Sein Austritt sei daher zu spät gekommen. Halko war in der berichtigten Affäre des Abgeordneten Wojewódzki ein außerordentlich wichtiger Zeuge. Vor allem wollte er den Nachweis führen, daß die Wyzwolenie-Partei tatsächlich von der polnischen Obruna (Defensive) Geld für ihre Organisation erhalten habe. Der Sejmklub der Wyzwolenie verlangte, daß Halko hierüber Stillschweigen wahre; er habe aber der Wahrheit die Ehre geben wollen. Hieraus erklärte sich die ganze Aktion der Wyzwolenie gegen ihn.

Abbruch der chinesisch-englischen Verhandlungen.

Hankau, 4. Februar. (P.M.) Nach einer Meldung der Gwosagatur überfandte der Außenminister der Kanton-Regierung Tschang, nachdem er die Verhandlungen mit dem englischen Vertreter D'Allen abgebrochen hatte, zu seinen Händen eine Note, in der gegen die Konzentration englischer Truppen in China protestiert wird. Die Note betont, daß die Japaner und Amerikaner sich nicht zur Anwendung der bewaffneten Macht haben hinreichend lassen, trotzdem sie in China sehr große Interessen haben. Tschang erklärt: die chinesischen Nationalitäten wären von den englischen Vorschlägen unbefriedigt, jedoch bereit, über die Bedingungen eines Vertrages zu diskutieren, der sich auf gerechte Grundlagen stützt, die alle kritischen Fragen zwischen England und China umfassen, aber unter der Bedingung, daß diese Verhandlungen in einer von allen Drohungen freien Atmosphäre geführt würden. Die Konzentration englischer Streitkräfte, die jetzt durchgeführt wird, lasse jedoch die Annahme zu, daß gegen die Nationalisten Zwangsmaßnahmen getroffen wurden und daher sei die nationalitäre Regierung entschlossen, eine abwartende Haltung einzunehmen, bevor sie die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Abkommens gibt, welches das Statut der englischen Konzessionen in Hankau normiert.

„Daily Telegraph“ meldet, daß das englische Kabinett beschlossen habe, die bewaffnete Politik in China nicht zu ändern; demgegenüber erfährt „Daily Express“, daß D'Allen neue Instruktionen erhalten habe.

Der Korrespondent des Reuter-Bureaus verbreitet das Gerücht, daß die Süd-Armee den Marsch auf Schanghai anzutreten beabsichtige, um sich noch vor der Ankunft der englischen Truppen in den Besitz der Stadt zu setzen.

Die „Westminster Gazette“ bestätigt die Meldung, daß die englische Regierung den Truppen, die nach China transportiert wurden, den Befehl gegeben habe, nicht in Schanghai, sondern in einem anderen Hafen zu landen, sofern die Kanton-Regierung die Sicherheit des Lebens und der Habe der englischen Staatsangehörigen in Schanghai garantiert.

Marg-Hergt-Stresemann.

Das Programm des neuen Reichskabinetts.

Berlin, 4. Februar. (Eigener Bericht.) Die gestrige Sitzung des Reichstages, in der Reichskanzler Dr. Marg die Regierungserklärung abgegeben sollte, hat in politischen Kreisen beachtliches Interesse hervorgerufen. Die Abgeordneten waren in großer Zahl erschienen, die Tribünen waren überfüllt. Pünktlich um 2 Uhr nachmittags eröffnete der Reichstagspräsident die Sitzung mit der Verlesung eines Schreibens des Kanzlers, in welchem dem Hause offiziell von der Bildung des neuen Kabinetts Mitteilung gemacht wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachten die Kommunisten zwei Interpellationen über den achtstündigen Arbeitstag und in der Frage des Konfords mit dem Vatikan ein. Reichstagspräsident Löbe erklärte jedoch, daß aus formalen Gründen diese Interpellationen nicht mit der Diskussion über das Regierungserpöf vereinigt werden könnten, worauf er dem Reichskanzler Dr. Marg das Wort erteilte, den die Kommunisten und die Sozialisten mit höhnischen Zursen begrüßten. Während der Rede des Kanzlers wurde von der Rechten und vom Zentrum wiederholt Beifall gekläßt.

In der Regierungserklärung, die Reichskanzler Dr. Marg im Reichstag abgab, heißt es u. a.: Die Reichsregierung ist der einmütigen Auffassung, daß die Grundlage unserer Politik die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Es ist der einmütige Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geltenden Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsfarben, wie sie im Artikel 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung soll aber auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre bezeugt werden.

Unsere ganze heute bestehende Kultur ist auf christlicher Grundlage

ermachsen. Solche Gedankengänge werden ihre Auswirkung finden bei dem Reichsjustizgesetz. Dabei ist für eine grundsätzliche Gleichstellung der in Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten zu sorgen.

Die Rechte und Interessen der Beamtenschaft, auch ihr materielles Wohl, nach Kräften zu fördern, betrachtet die Regierung als eine selbstverständliche, vornehmste Pflicht. Es wird auch in Zukunft das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Es wird das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Forderungen der Gesamtheit des Finanzwirtschaftsproblems möglichst bald herbeizuführen. Die Reichsregierung hat dabei volles Verständnis für die Ansprüche der Länder und ihrer Gemeinden auf ein gesundes Eigenleben.

Die Reichsregierung wird mit größtem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner

Wehrmacht

in allen seinen Parteien zu festigen. Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten über ungeschlechtliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der Öffentlichkeit in nächster Zeit ergänzende Anordnungen zum Rekrutierungsverfahren bekanntgegeben werden, und zwar in vollster Übereinstimmung mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Heeres- und Marineleitung.

Es versteht sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige

Außenpolitik

im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiter verfolgen wird. Die Außenpolitik, die die Reichsregierung seit Kriegsende unbeirrt verfolgt hat, ist gekennzeichnet durch die Verzicht auf den Gedanken der Rache. Ihre Tendenz ist die Herbeiführung einer gegenseitigen Verständigung. Wie auch immer die Haltung einzelner Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft können die nunmehr angebahnte Entwicklung und die dadurch geschaffenen Grundlagen allein maßgebend sein. Reichskanzler und Außenminister würden dem Rufe zur Übernahme ihrer Unter nicht entsprochen haben, wenn sie nicht die feste Gewähr dafür besäßen, daß die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung von allen Mitgliedern des Kabinetts einmütig gebilligt wird und daß hinter dieser einmütigen Bildung diejenigen Fraktionen stehen, die die Regierung unterstützen.

An erster Stelle steht die Aufgabe, die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen. Die Reichsregierung muß erwarten, daß sich auch bei der Lösung dieser Aufgabe die Politik der gegenseitigen Verständigung bewähren wird. Der Reichskanzler betonte dann Deutschlands Interesse an der Pflege der sonstigen internationalen Beziehungen zu den großen außerhalb des Völkerbundes stehenden Staaten.

Auf das Gebiet der Wirtschaft und Sozialpolitik übergehend, erklärte der Reichskanzler: Alle Maßnahmen der Regierung müssen von dem Streben zugehen, die ungeheure Zahl der

Arbeitslosen

zu verringern und die Lage dieser Unglücklichen zu verbessern. Die neue Reichsregierung wird es als ihre besondere Pflicht ansehen, die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren. Das im Sommer vorigen Jahres aufgestellte Arbeitsbeschaffungs-Program wird zielbewußt zu Ende geführt werden.

Der nächste Schritt wird die Schaffung einer umfassenden Arbeitsbeschaffungsunterstützung unter besonderer Berücksichtigung der Bergarbeit sein. Auf Grund einer solchen Gesetzgebung ist die deutsche Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei entsprechendem Vorgehen der westeuropäischen Industrieländer bereit. In der Sozialversicherung tritt die Reichsregierung für den geeigneten Ausbau ein. Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gilt die besondere Sorge der Reichsregierung. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege wird sie den bisherigen Weg zielbewußt weiter gehen. Die Reichsregierung wird auch für den Anteil nehmen an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamts. Die Bekämpfung der Wohnungsnot durch

Förderung des Wohnungsbau

wird nachdrücklich betrieben werden, so daß der schlimmste Mangel in einigen Jahren behoben sein wird.

Die zunehmende Verschlechterung Deutschlands in die Weltwirtschaft, sein steigender Anteil am Weltmarkt berechtigen ebenso wie deutliche Anzeichen der Erholung seines Binnenmarktes zu der Hoffnung wirtschaftlichen Wiederaufstieges. Die Regierung wird durch Ausbau des Handelsvertragswesens und durch Exportförderung den Absatz der Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern kräftig bemüht sein.

Es wird darauf Bedacht genommen werden müssen, daß die schwebenden Schulden der

Landwirtschaft

in langfristigen Realcredit zu tragbaren Bedingungen überführt werden, und daß ein Senken des allgemeinen Zinsfußes auch den landwirtschaftlichen Schuldnern zugute kommt. Nur durch die Sicherung des Ertrages der landwirtschaftlichen Arbeit wird es gelingen, eine gesündere Bevölkerungsverteilung anzubahnen, das Abströmen der landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte aufzuhalten und deren Arbeitsmarkt zu entlasten.

Zur Förderung des

Handwerks

soll unter anderem der Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung dienen, die wichtige handwerkliche Fragen neu regeln wird. Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes muß verhindert werden. Die Reichsregierung wird sich nach Kräften für die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung einsetzen.

Auf dem Gebiete der

Rechtspflege

harren große Aufgaben der Erledigung. Der Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, der auch die Rechtseinheit mit Österreich auf diesem wichtigen Gebiete bringen soll, wird voraussichtlich in diesem Frühjahr dem hohen Hause vorgelegt werden. Damit in engster Verbindung steht der gleichfalls vorbereitete Entwurf des Strafvollzugsgesetzes. Die Reichsregierung wird zur Festigung des Vertrauens in die Justiz tun, was in ihren Kräften steht.

Zum Schluß erklärte der Reichskanzler, die neue Regierung werde mit Ernst und Festigkeit ihr Bestes einsetzen, um auf dem Wege zum Wiederaufstieg Reich und Volk vorwärts zu bringen, und appellierte an die Mitarbeit der deutschen Volksvertreter und an ein geschlossenes Zusammenhalten des Volkes.

Die große Debatte

über das Regierungserpöf wurde vom Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Hermann Müller (Franken), eröffnet, der in einer längeren Ansprache die Räte der gegenwärtigen Regierungsparteien charakterisierte, die durch die Notwendigkeit hervorgerufen worden seien, ein einheitliches politisches Programm zu formulieren. Trotz dieser Bemühungen besäße das neue Kabinett nur zwei Stimmen einer sicheren Mehrheit. Die Sozialdemokraten hätten kein Vertrauen zum Minister Geßler und zu den deutschen nationalen Ministern und müßten infolgedessen ihr Mißtrauen auf das ganze Kabinett ausdehnen. Sie wünschten der gegenwärtigen Regierung ein rasches Ende.

Als zweiter sprach der Vorsitzende der Deutschen nationalen Fraktion, Graf Westarp, der feststellte, daß die Deutschen nationalen durch den Eintritt in die Regierung die Aufgaben realisiert hätten, die sie sich auf dem Kölner Parteitag vom Jahre 1926 gestellt haben. Zur Ermöglichung eines Kompromisses hätten sie eine ganze Reihe persönlicher Opfer gebracht. Die Deutschen nationale Partei habe keine ihrer grundsätzlichen Überzeugungen aufgegeben und auf keine Voraussetzungen und Ziele ihres Programms verzichtet. Graf Westarp ging hierauf zur Außenpolitik über. Eine Politik der Kraft und der Veranche sei bei der Wehrlosigkeit Deutschlands unmöglich. Dies verständen sowohl die Fremden, wie auch die Deutschen nationalen. Die Traktate von Locarno und die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund seien zu einer rechtlichen und politischen Grundlage der deutschen Außenpolitik geworden. Die Deutschen nationalen halten auch weiterhin an dem Ziel der deutschen Außenpolitik, d. h. an dem Grundsatz der friedlichen Verständigung fest, betonen jedoch mit Nachdruck, daß die Verlässlichkeit auf beiden Seiten bestehen müsse. Graf Westarp erneuerte die Forderung, daß endlich die im Versailler Traktat erhobene Anklage, die die Schuld am Kriegsausbruch auf Deutschland abwälzt, widerrufen würde.

Im weiteren Verlauf unterstrich der Redner mit Nachdruck den Abschnitt des Exposés des Kanzlers, der von der Erhaltung guter und freundschaftlicher Beziehungen mit Sowjetrußland und Amerika spricht. Die Verhältnisse an unserer Ostgrenze erforderten die größte Aufmerksamkeit. Im Osten sei kein Sicherheitspakt ähnlich dem Westpakt abgeschlossen worden und für die Zukunft könne davon keine Rede sein. Übrigens gebe nach unserer Ansicht das Verhalten unseres polnischen Nachbarn Grund zur größten Besorgnis. Hier hätte Deutschland vor allem die Pflicht, mit aller Entschiedenheit zum Schutze sowohl Deutschlands, wie auch der deutschen Minderheit aufzutreten. Hier könne es auf keinen Fall zu einer Verständigung in der Frage der Handelspolitik kommen, solange Polen nicht bereit sein werde, die politischen Notwendigkeiten zu erfüllen, die die Grundlage eines jeden Handelsvertrages sein müssen.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei Abg. Drenth erklärte, daß seine Fraktion eine abwartende Stellung einnehmen werde. Bis auf weiteres werde sie jedoch die Regierung unterstützen. Hierauf sprach der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, der u. a. sagte, niemand könne es von Deutschland verlangen, daß es das geschichtliche Unrecht anerkenne, das ihm durch die Festlegung der gegenwärtigen Grenze im Osten zugefügt worden sei. Die Ostpolitik der Regierung finde nicht allein Unterstützung bei der Deutschen Volkspartei, sondern auch ein immer größerer Verständnis im ganzen Lande.

Im Laufe der Diskussion brachten die Demokraten und Sozialdemokraten einen Antrag ein, der neuen Regierung das Mißtrauensvotum anzupfehlen. Große Heiterkeit löste im Hause die Erklärung des Vorsitzenden aus, daß ein Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion eingelaufen sei, in welchem gefordert wird, auf Kosten des Staates in allen deutschen Gemeinden und Städten die erste republikanische Ansprache des Grafen Westarp durch Plakate bekannt zu geben.

Gegen die „deutsche Gefahr“!

Die „schöpferische“ Politik der Dmowski-Freunde.

(Von unserem Warschauer □-Berichterstatter.)

Am vergangenen Sonntag hat der „Nationale Volksverband“ in verschiedenen Städten des ganzen Staatsgebietes Massenfundgebungen gegen die angebliche Annexionslust Deutschlands veranstaltet. So fanden Versammlungen in Kielec, Lublin, Wilna und in verschiedenen kleineren Ortschaften statt, wo gerade ein rühriges national-demokratisches Propagandakomitee vorhanden ist.

In Kielec wurde von der Versammlung ein Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß „die polnische Nation keine Opfer scheuen werde, damit das pommerellische Land für ewige Zeiten unzerrenlich mit dem Mutterlande vereinigt bleibe“. Diese Versammlung verlief nicht ohne Trübung. Die Kielecer Kommunisten sind nämlich in den Versammlungsraum eingedrungen und haben durch unangenehme Zwischenrufe allerlei Verwirrung angestiftet.

In Wilna folgte die Versammlung mit dem Rufe: „Wir werden Pommerellen niemals hergeben!“ In Larynica, einem ganz kleinen Städtchen im Reich

Wegron, wo Frau Abgeordnete M. Golder-Gager (ein urpolnischer Name!) eine große politische Rede hielt, beschloß die Versammlung: „Regierung, Senat und Sejm zum Ausbrennen in der Verteilung der Unantastbarkeit der polnischen Staatsgrenzen und zu einer entschiedenen und festen Politik Deutschland gegenüber aufzufordern.“

Das deutsche Fünfmillionenheer.

Im größten römischen Morgenblatt ist buchstäblich — der Herr Sezer wird gebeten, diese Buchstabenreihe nicht willkürlich zu verbessern! — folgendes zu lesen:

Deutsche Geheimbünde.

Nach einem der preussischen Regierung eingereichten Bericht zählen die deutschen Geheimbünde nun 4 Millionen 753 000 Mitglieder. Die Hauptbünde sind: Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei von München, die 37 000 Mitglieder hat; der Frontkriegerbund 48 000; der Weiswief 85 000, Biking 8000, Olympia 3000, Preußenbund 2000, Offiziersbund 100 000, der Kriegerbund 3500 000, der Stahlherd 900 000, der Jungstahlhelm 100 000, der Jungdemit 70 000. Und es ist möglich, daß diese Liste noch nicht vollständig ist.

Eine entsetzliche Möglichkeit! Nach diesen furchtbaren Enthüllungen über ein Geheimheer, das sich schon Namen von einer Schauerlichkeit beilegt, die jeden Stolz vor Reib erlöschen läßt, kann man allerdings die Angst vor dem deutschen Erwachen begreifen.

Republik Polen.

Beratungen über das neue Pressegesetz.

Warschau, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Einladung und unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs beim Justizministerium Car fand am Montag im Justizministerium eine Konferenz mit dem Präsidium der polnischen Journalistenverbände und mit den Mitgliedern derjenigen Kommission statt, die von dem Warschauer Journalistenverband zur Bearbeitung der Denkschrift zum Regierungsprojekt des Pressegesetzes berufen worden ist. Die Konferenz dauerte etwa vier Stunden. Man diskutierte über den ersten Teil der Denkschrift. Freitagabend findet eine neue Konferenz statt, in welcher über die weiteren Teile der Denkschrift diskutiert werden wird.

Der neue Präses des Bezirkslandamtes in Polen.

Der bisherige Präses des Bezirkslandamtes (Oregomy) Uradz Bismfi in Polen, Borszewski, ist in den Ruhestand versetzt worden. An seine Stelle wurde der bisherige Präses des Krakauer Bezirkslandamtes, Dr. Benedykt Lacki, berufen.

Abreise des tschechoslowakischen Gesandten aus Warschau.

Warschau, 3. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag hat der bisherige tschechoslowakische bevollmächtigte Minister bei der polnischen Regierung, Robert Kiedler, nach 2½-jähriger diplomatischer Wirksamkeit in Polen Warschau verlassen. Zu seinem Nachfolger ist Dr. Wacław Girja, Unterstaatssekretär im Prager Außenministerium bestimmt. Girja ist als einer derjenigen tschechischen Diplomaten bekannt, welche Minister Benesch am nächsten stehen.

Deutsches Reich.

Aufhebung des Sichtvermerks.

Nach einer Meldung des Demokratischen Zeitungs, dieses sind die Verhandlungen des Deutschen Auswärtigen Amtes mit England über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges so weit fortgeschritten, daß mit einem ansichtsreichen Abschluß zu rechnen ist. Weiterhin sind in der letzten Zeit mit Luxemburg und Portugal Verträge über die Aufhebung des Sichtvermerkszwanges zum Abschluß gebracht worden. Auch ist das Auswärtige Amt bei seinen Bemühungen zum völligen Abbau der Bahnmauern neuerdings mit weiteren Staaten in Fühlung getreten.

Wann wird Polen seine chinesischen Mauern abbauen?

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 4. Februar.

Wettervorhersage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa trockenes Wetter und langsam steigende Temperaturen an.

Brandstiftungsprozeß.

Der Händler Boleslaw Dolny von hier, Kafelerstr. 32, ist beschuldigt, in der Nacht zum 29. Juli 1925 in betrügerischer Absicht das Mobiliar in seiner Wohnung vorsätzlich in Brand gesteckt zu haben. Vorher schloß er bei einer Warschauer Feuerversicherungsanstalt eine Versicherung seines Mobiliars gegen Brandschaden in Höhe von 12 000 Z ab. Dolny hatte sich gestern vor der verstärkten ersten Strafkammer des Bezirksgerichts zu verantworten. Er stellt die Tat in Abrede und gibt an, daß er an dem genannten Tage gar nicht in Bromberg, sondern bei seinen Schwiegereltern im Kreise Briesen war. Dagegen ist einwandfrei festgestellt, daß der Angeklagte den größten Teil seines Mobiliars in einem Stall untergebracht, während er in der Wohnung nur drei Schränke zurückließ. Das Feuer wurde von mehreren Bewohnern bemerkt und gelöscht; bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß sich auf genannten Möbelstücken mit Petroleum durchtränkte Zappen befanden, außerdem waren diese Möbelstücke reichlich mit Petroleum übergossen. Auch ist erwiesen, daß sämtliche Türen und Fenster der Wohnung sorgfältig verschlossen waren, so daß es ausgeschlossen ist, daß das Feuer von anderer Seite angelegt werden konnte. Die ganze Wohnungseinrichtung des Angeklagten soll übrigens einen Wert von 1000 Z gehabt haben, so daß hier eine bedeutende Überversicherung vorliegt. In der Voruntersuchung gab der Angeklagte übrigens an, daß ihm während des Brandes die meisten Möbel gestohlen wurden; die Revision ergab jedoch sehr bald, daß die fehlenden Möbelstücke in einem Stall verheimlicht waren.

Der Staatsanwalt bemerkt u. a.: In der Rette der Überführung des Angeklagten fehle kein Glied; wäre der Brand nicht rechtzeitig entdeckt, so hätten Menschenleben auf dem Spiele stehen können; da der Angeklagte außerdem noch verstockt sei, so beantrage er eine Strafe von zehn Jahren Zuchthaus, zwanzig Jahre Ehrverlust und ständige Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Staatsanwalt verurteilt den Angeklagten hält die Schuld nicht für erwiesen und plädiert auf Freisprechung. Das Gericht billigt dem Angeklagten mit Rücksicht darauf, daß er noch nicht vorbestraft ist, mildernde Umstände zu und verurteilt ihn zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust.

Der Wasserstand der Weichsel betrug heute um 10 Uhr bei Brahenünde + 3,50 Meter, bei Thorn etwa + 1,80 Meter.

Bromberg, Sonnabend den 5. Februar 1927.

Pommerellen.

4. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

Die Eröffnung der Staatl. Landwirtschaftsbank.

Am 1. Februar fand in Graudenz die Einweihung der Staatlichen Landwirtschaftsbank in Anwesenheit des Agrarreformministers und der Wojewodschafts- und Kommunalbehörden statt. Nach der Einweihung der Räumlichkeiten durch den Dekan Dembek nahm der Generaldirektor der Staatlichen Landwirtschaftsbank in Warschau, Stanislawski das Wort und unterrichtete in seiner Rede, daß die Organisation der Graudenz-Filiale der Staatlichen Landwirtschaftsbank von großer Bedeutung für Pommerellen sei und sie eine Unterfütterung der polnischen Staatsidee in den Westmarken bedeute. Nach der Rede fand ein feierliches Frühstück im „Königlichen Hof“ statt, bei dem der Agrarreformminister das Wort zu einer Rede ergriff, deren Hauptpunkte wir bereits in unserer gestrigen Ausgabe wiedergaben.

An der Feierlichkeit der Eröffnung der Bank nahm auch der Führer der Piastpartei, Witos, teil, der einige Tage in Graudenz zu bleiben gedenkt.

* In der letzten Stadtverordnetenversammlung, über die wir bereits kurz berichtet haben, teilte der Vorsitzende mit, daß Stadtverordneter Mazur sein Mandat niedergelegt habe. Das vorjährige Budget wurde ohne Defizit abgeschlossen. Der Haushaltsvoranschlag für 1927/28 wurde in eingehenden Kommissionsberatungen festgelegt und ist auf reale Grundlagen gestützt. Der Stadtpräsident hat daher um dessen Annahme. Über das Budget referierte sodann der stellvertretende Vorsitzende, Direktor Samolinski. In der Diskussion legten die Vertreter der Parteien ihren Standpunkt dar und äußerten ihre Wünsche. Nach einer einhalbstündigen Pause wurden sodann um 10.20 Uhr die Beratungen über die einzelnen Budgetpunkte fortgesetzt und diese mit geringen Änderungen angenommen. Die Subvention für den polnischen Volksbibliotheksverein wurde von 500 auf 5000 Zł erhöht. Die angekauften Häuser sollen Eigentum der Stadt bleiben. Annahme fand ein Antrag des Stadtverordneten Dr. Pachocki, 6000 Zł für die Gründung einer Beratungsstelle zur unentgeltlichen Behandlung von Geschlechtskranken einzustellen, ebenso ein Antrag des Stadtverordneten Nowak, die sanitäre Revision der Prostituierten zwei Ärzten gegen entsprechende Vergütung zu übertragen. Das ursprüngliche Budget, das auf 3.081.997,72 Zł festgesetzt war, erfuhr infolge der Zusatzenträge eine Erhöhung um 27.000 Zł. Die Anpassung dieser Mehrausgaben an die Einnahmen wurde dem Stadtkämmerer Lipowski sowie dem Magistrat übertragen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Etatkapitel beteiligten sich alle Mitglieder der Versammlung. Bei der Schlussabstimmung über das ganze Budget enthielten sich die deutschen und die sozialistischen Stadtverordneten der Stimme.

* Von der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse wurden bis dahin sämtliche hiesigen Ärzte beschäftigt. Da freie Arztwahl besteht, konnten die Versicherten sich den Arzt wählen, zu welchem sie Vertrauen haben. Diese Einrichtung hat sich sehr gut bewährt. Verschiedene Spezialärzte stehen der Krankenkasse zur Verfügung. Vor einigen Jahren bereits hat die Krankenkasse die früher dem Augenarzt Dr. Penn und später dem Chirurgen Dr. Ellermann gehörige Klinik angekauft und für ihre Zwecke eingerichtet. Schon vor einiger Zeit wurde davon gesprochen, daß einige deutsche Ärzte aus dem Vertragsverhältnis mit der Krankenkasse ausgetreten seien. Man hielt dieses für ein bloßes Gerücht, dem man nicht Glauben schenken wollte. Neuerdings ist es aber zur Tatsache geworden. Dem seit einer Reihe von Jahren hier ansässigen Dr. Hoffmann, Spezialarzt für Nervenkrankheiten, ist die Mitteilung zu-

gegangen, daß ihm die Kassenpraxis entzogen ist. Auch zwei anderen deutschen Ärzten ist die Tätigkeit für die Krankenkasse ganz bedeutend beschränkt worden. Die deutschen Ärzte wurden nicht nur von deutschen, sondern auch von polnischen Kassenmitgliedern gern aufgesucht. Es finden sich nur noch einige deutsche Ärzte bei der Krankenkasse Beschäftigung.

* Die neuen Wohnhäuser in der Kalinistrasse werden jetzt vermietet. Eine Zweizimmerwohnung kostet „nur“ 40 Złoty Miete. Es werden nur solche Mieter angenommen, welche nachweisen können, daß sie dauernd beschäftigt sind und den Mietpreis zahlen können. Arbeitslose bleiben auf Wohnungen in Privathäusern angewiesen. Diese reichen noch immer nicht aus, um den Wohnungsuchenden Unterkunft zu gewähren. Es war daher beabsichtigt, noch weitere Baracken seitens der Stadt für dieselben zu bauen. Von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung wurde aber darauf hingewiesen, daß bereits seit mehreren Jahren das Kasernenamt des früheren Infanterieregiments Nr. 141 völlig unbewohnt ist. Es soll dahin gewirkt werden, daß die Baulichkeiten zur Aufnahme von Wohnungsuchenden brauchbar gemacht werden, damit der Bau von Baracken nicht nötig wird.

* Im Stadtpark werden als Hofstandsarbeiten von Arbeitslosen weitere Ausholungsarbeiten vorgenommen. Von den gerodeten Bäumen dürfen sich die Arbeitslosen für den eigenen Gebrauch etwas Holz mitnehmen.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Deutsche Bühne Grudziadz. Auf die morgen, Sonntag, den 6. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, angelegte Aufführung „Der dreizehnte Stuhl“, die als Fremden- und Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen stattfindet, sei nochmals empfehlend hingewiesen. Die Aufführung hat in Danzig, Berlin und Hamburg einen außerordentlichen Erfolg gehabt und wird hier auch so vorzüglich dargestellt, daß es niemand veräumen sollte, sich dies spannende Stück anzusehen. (2394 *)

Thorn (Toruń).

— Der nächste Hauptvieh- und Pferdemarkt findet am Donnerstag, 17. Februar, statt, zu welchem der Auftrieb von Rindvieh wieder erlaubt ist.

* Eine Neuverierung ist mit dem Feiertage Mariä Lichtmess in Thorn eingeführt worden, und zwar das Läuten der alten, im Turm des Rathauses befindlichen Glöden. Sie sollen nun an allen Feiertagen ihren ehernen Mund ertönen lassen, nachdem sie jahrelang geschwiegen hatten. Um 1 Uhr mittags hatte sich vor dem Rathaus eine große Menschenmenge eingefunden, um dem erstmaligen Läuten beizumohnen. Der Ton der Glöden, die in früheren Zeiten als Sturm- und Feuersglöden gedient hatten, war vorerst allerdings sehr schwach, auch hörte man deutlich störende Nebengeräusche, die von dem mitdröhnenden Gebälz herzurühren schienen. Vielleicht läßt es sich noch erreichen, den Ton weittragender zu machen, damit er nicht nur im allernächsten Umkreise zu hören ist.

* Die Deutsche Bühne brachte Mittwochabend als Neueinführung den Schwank „Der Meisterbörger“ von Otto Schwarz und Curt Mathern erstmalig heraus. Sie hat damit einen außerordentlich glücklichen Griff getan, übertrifft doch diese Boxergeschichte selbst noch den „Wahren Jakob“ des Vorjahres besonders an Situationskomik um ein Beträchtliches. Die Besprechung des Stückes und der Darstellung soll einem größeren Artikel vorbehalten bleiben, heute soll vorweg der Freude über die gelungene Wiedergabe und dem Dank an Bühnenleitung und Darsteller Ausdruck gegeben werden. Wir wünschen dem bei dem tollsten Humor immer dezenten Schwank mehrere volle Häuser; den Zuschauern kann wohl mit gutem Gewissen garantiert werden, daß sie kaum aus dem herzlichsten Lachen herauskommen dürften.

* Eine Abhilfe gegen das auf die Dauer unerträglich werdende Motorgeschrei der auf dem alten Marktplatz parkenden Tropfenautomobile — sie verursachen dies

hauptsächlich beim Aufrücken in der Reihe, wenn eins von ihnen abgefahren ist — läßt sich auf ganz einfache Art und Weise erreichen, ohne daß man an eine Verlegung des Parkplatzes in abgelegene und verkehrsarme Stadtgegenstände zu denken braucht. Da der Marktplatz breit genug ist, brauchen die Autos nur, wie man es auch in Zeitungen von amerikanischen Städten zu sehen bekam, mit den Hinterrädern bis an die Bordsteinkante heranzufahren, so daß Führer und Motor auf den freien Marktplatz zeigen. Falls ein Auto gebraucht wird, fährt es einfach aus der Reihe heraus und ein später kommendes nimmt den leer gewordenen Platz ein. Da sich die Fahrgäste meistens doch das ihnen am besten aussehende Auto herauswählen, ist es u. U. gar nicht notwendig, daß diese in der Reihenfolge des Auffahrens stehen müssen. Jedenfalls würde durch diese Art des Parkens die Störung der arbeitenden Beamenschaft in Rathaus und Post und nachts der schlafenden Marktanwohner auf ein Mindestmaß herabgemindert werden können.

* Scherenfleischer durchziehen die Straßen der Stadt und schleifen Scheren, Messer u. dgl. Bei Hergabe von Gegenständen zum Schleifen bleibe man so lange in nächster Nähe, bis man den Gegenstand geschliffen zurückerhält. Dieses tat aber die Schneiderin Maria Zielinska nicht — und der Scherenfleischer verschwand spurlos mit ihrem Eigentum.

— Aus dem Landkreis Thorn, 3. Februar. Nachdem es nicht mehr so leicht ist, falsches Geld in der Stadt loszuwerden, versuchen es die „Fabrikanten“, ihre falschen Geldstücke im Landkreis abzugeben. In Sawitzschaffen versucht man in erster Linie, falsches Geld loszuwerden. Deshalb sei Vorsicht bei der Annahme von Geld geboten.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Boranziege. Mittwoch, 9. Februar, 8 Uhr, im Deutschen Heim: „Der Meisterbörger“, die tolle Boxergeschichte. Nach dem Erfolg der Erstaufführung ist mit starkem Besuch zu rechnen. Daher empfiehlt sich sofortige Platzreservierung im Vorverkauf bei Thober, Stern Rynek 31. (Siehe Anzeige.) (2397 *)

* Berent (Koscierzyna), 3. Februar. Ein tödlicher Puffschlag. Dieser Tage ließ der hiesige Pfarrhufenpächter ein seiner Pferde in der Schmiede beschlagen. Hierbei war das Tier sehr unruhig, schlug mit den Hinterfüßen aus und traf den Pferde knecht, der es zur Schmiede gebracht, so unglücklich vor die Brust, daß der Mann nach kurzer Zeit verstarb.

* Briesen (Wąbrzeźno), 3. Februar. Hier wie auch in Gohlschhausen hielt der Sejmabgeordnete Morik am 28. Januar eine sehr gut besuchte Berichterstattungsversammlung ab. Er berührte in fesselnder Weise alle uns als Minderheit interessierenden Fragen und mahnte am Schluss zu unbedingter Treue an unserem Volkstum. Die Wählerschaft brachte beiden Versammlungen reges Interesse entgegen und dankte ihrem Abgeordneten für seinen Besuch.

* Briesen (Wąbrzeźno), 2. Februar. Am Donnerstag, den 10. Februar, findet im Gasthaus Double Kal. Heydors (Krol. Nowawies) ein großer Solitärmin statt. Verkauf wird Holz- und Brennholz aus der Gräf. v. Alvensleben'schen Revierförsterei Fronau (Wronie). Näheres siehe Anzeige.

* Dirschau (Czerw.), 3. Februar. Einentraffischen Ausgang nahm in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch ein Veranigen der Finanz- und Zollbeamten in der Stadthalle. Während des Tanzes, als alles sich in bester Stimmung befand, brach plötzlich der Zollkommissar Bajaczakowski zusammen. Ein Herzschlag hatte, wie bald darauf festgestellt wurde, dem stark Herzleidenden ein frühes Ende bereitet.

* Aus dem Landkreis Schwes, 3. Februar. Nach fünf Jahren ist im hiesigen Kreise ein Nord aus Tageslicht gekommen. Auf dem Gute Daiti stießen Arbeiter

Thorn.

Für Kranke, Blutarmer und Nahrung gebende Mütter



KARAMEL
VOLL-BIER
Mit Zucker verarbeitetes Bier

BROWAR TORUNSKI
W. TORUNIU

ul. Browarna 1-6. Telefon 164.



Für Maskenbälle und Fastnacht
Neuheiten
in Scherzartikeln, Kappen, Mützen, Lüschern, Wedel, Konfetti, Luftschlangen und vielerlei anderen.

Justus Wallis, Toruń
Gegr. 1855 Papierhandlung Szeroka 34

Anstunstei u. Defektbüro

„Kamada“
Toruń, Sukiennicza 2, II
erledigt sämtliche Angelegenheiten, auch familiäre, gewissenhaft und diskret. 2330

Wohnung

3 Zimmer mit Küche oder
4 Zimmer ohne Küche
Zentral, Bromberger Vorstadt, an ruhige Mieter zu verm. Off. unt. 3. 4661 an Ann. Exped. Wallis, Toruń.

Druckfachen

fertigt billigt an
A. Dittmann, Bydgoszcz, Wilhelmstrasse 16.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 6. Febr. 1927.
(S. S. n. Epiph.)
St. Georgen-Kirche.
Borm. 9 Uhr: Gottesdienst.
Mitt. evang. Kirche.
Borm. 10 1/2 Uhr: Gottesdienst.
Evangel.-luth. Kirche.
Borm. 8 Uhr: Gottesdienst.
Borm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst mit Abendmahlsfeier.

1 H. Wagen
1 Brichste
1 Kollwagen
3 große Kollwagen
sowie zu verkaufen.
Rub. Stahl.
Sobieskiego 20.

Deutsche Bühne

in Toruń 2. z.
Mittwoch, den 9. Febr.
mittl. 8 Uhr abends
Der Meisterbörger
Schwank in 3 Akten
von Otto Schwarz
und Curt Mathern.
Vorverkauf: Friese-
geschäft Thober, Stern
Rynek 31. Theaterkasse
ab 7.15 Uhr. 2402

Nachruf.
Am 30. Januar
verstarb nach
kurzer Krankheit
der unterpassive
Mitglied.
2391

Serr

Karl Blitot
Durch seine jahr-
zehnte lange,
treue Mitglieds-
schaft hat derselbe
sein Interesse für
den deutschen
Männergesang
bewiesen.
Wir werden sein
Andenken über
das Grab hinaus
bewahren.

Männer-
Gesang-Verein
Melodia
J. u.
Alois Stuhldreier.

1000 Dollar

1. Synthese, zu verleih.
Offerten unt. 3. 2392
an die Geschäftsstelle
Ariebe, Graudenz. 2302

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 6. Febr. 1927.
(S. S. n. Epiph.)
Evangel. Gemeinde
Grudziadz. Borm. 10
Uhr: Fr. Dieball. 11 1/2
Uhr: Kindergottesdienst.
Fr. Dieball. Nachm. 3
Uhr: Eogl. Arbeiterverein.
Nachm. 8 — 7 Uhr: Sol-
datenheim. — Mittwoch,
nachm. 5 Uhr: Bibelstunde.
Moarau. Borm. 10
Uhr: Gottesdienst, danach
Kindergottesdienst.
Tugel. Nachm. 5 Uhr: Predigt-
gottesdienst.

Pianos, Flügel Harmoniums

werden durch geschulte Kräfte in
meiner Werkstatt gewissenhaft,
schnell und billig

repariert u. poliert
Spezialität: Wiederherstellung
alter, schlecht klingender Klaviere

B. Sommerfeld
Piano-Werkstätte
Grudziadz
ul. Groblowa 4. Telefon 229.

Geschäftsbücher

werden in jeder gewünschten Art
schnell, sauber und preiswert
angefertigt 10314

A. Dittmann, C. z o. p.
Bydgoszcz, ul. Jagiellońska 16.

Deutsche Bühne Grudziadz

Sonntag, den 6. Februar 1927
nachm. 3 Uhr im Gemeindehause
Zum letzten Male!
Fremden- und Volksvorstellung
„Der dreizehnte Stuhl“
Ein Stück in 3 Akten von Savard Beiles.
Eintrittskarten im Geschäftszim. Mickiewicz 15
Telefon Nr. 35. 2294

Sonnabend, den 5. d. Wts., findet im
Schmidt'schen **Großer Ball**
statt, wozu ergebenst einladet
Freiwillige Feuerwehr Dzwargki.
2393

Unterricht in Fran-
zösisch und Klavier erteilt
Adamska, langjährige
Lehrerin, Toruń,
Sukiennicza 2, II. Et. 2020

Junger kräftiger 2409
Büdergefelle
wird zum 8. 2. gesucht.
B. Haberland, Toruń-
Motte, Grudziadz 170.

Zuverlässiges, sauberes
Hausmädchen
das Zeugnisse aufwei-
sen kann, v. 101. gesucht.
Frau Wallis, Toruń,
2404 Szeroka 34, II.

beim Kiesgraben auf das Gerippe eines 6-7-jährigen Kindes. Die Hirnschale zeigte Spuren gewalttätiger Verletzung und Reste geronnenen Blutes. Der Mörder ist der eigene Vater, der Arbeiter Mroz aus Wilcze Bloty, der vor fünf Jahren im benachbarten Wionz wohnte. In das Skelett des Kindes geführt, legte der Mörder ein eingehendes Geständnis ab. Demzufolge gab damals die Stiefmutter des Kindes den Anstoß zu der grausigen Tat, da sie den Knaben nicht leiden mochte. Das war häufig der unschuldige Gegenstand von eheleichen Zwistigkeiten, bis eines Tages der Vater erklärte, den Knaben bei Verwandten unterbringen zu wollen. Er führte das Kind auf das offene Feld hinaus und erschlug es. Der Frau erzählte er, daß er den Knaben gut untergebracht habe, der Polizei aber meldete er, daß sein Kind „verschwunden“ sei.

h. Strassburg (Brodnic), 1. Februar. Als ein unge-
treuer Angeklagter erwies sich der Invalide Leon-
hard Peczowski, der auf dem hiesigen Postamt tätig
war. Nach längerer Beobachtung gelang es am Sonnabend,
29. v. M., ihn auf frischer Tat zu ertappen, als er sich gerade
Sachen aus Paketsendungen aneignete. Die
Unterfuchung ist eingeleitet. — Infolge der Einführung des
Getreidezolls ist auch hier auf dem letzten Wochenmarke
der Roggenpreis zurückgegangen. Der Zentner kostete 19,50.
Für Weizen zahlte man 24,00—25,00, Gerste 17,50—18,00,
Hafer 14,50—15,00. Fetttschweine wurden mit 95,00 pro
Zentner Lebendgewicht gehandelt. Das Paar Abfahrferkel
stellte sich auf 50,00—70,00.

Rundschau des Staatsbürgers.

Das Hauptliquidationsamt ein Departement des Finanzministeriums.

Auf Grund einer Verfügung des Ministerrates hat der
Finanzminister angeordnet, daß mit dem 1. Februar das
Hauptliquidationsamt das achte Departement
des Finanzministeriums bildet. Das neue
Liquidationsdepartement wird aus drei Abteilungen be-
stehen: Die Abteilung für deutsche Angelegen-
heiten erledigt die Verrechnungsangelegenheiten mit dem
Deutschen Reich, die durch die Teilung und Okkupation
entstanden sind, sowie die Fragen der Liquidierung deutscher
Güter und solcher Forderungen, die durch die Übernahme
vom Deutschen Reich für Polen entstanden sind. Außerdem
wird diese Abteilung die Arbeiten des Liquidations-
komitees in Polen leiten. Weitere Abteilungen be-
stehen zur Erledigung österreichischer und russischer
Angelegenheiten.

Stempelsteuer bei Aktiengesellschaften.

Das neue Stempelsteuergesetz hat eine ein-
heitliche Stempelabgabe in Höhe von 2 Prozent von allen Ab-
kommen der Aktiengesellschaften eingeführt.
Dieselbe Abgabe muß bei der Erhöhung des Anlage-
kapitals gezahlt werden. Dagegen sind Abkommen über
die Verlängerung der Lebensdauer der Aktiengesellschaften, so-

fern das Gründungsabkommen abgestempelt worden ist,
von jeglicher Stempelsteuer frei. Die Auflösung von
Aktiengesellschaften ist von jeglicher Prozentabgabe frei.
Man zahlt 3 Bloty, sofern die Unterschriften notariell be-
gläubigt worden sind oder wenn man das Auflösungs-
abkommen registrieren läßt. Die grundsätzliche Stempel-
steuer in Höhe von 2 Prozent gilt bis Ende 1928. Aktien-
gesellschaften im Sinne des Artikels 169 des Gesetzes über
die Aktiengesellschaften brauchen nur eine Stempelsteuer von
1 Prozent zu entrichten. Sacheinlagen in Form von un-
beweglichen Werten unterliegen keiner speziellen Stempel-
steuer.

Wer erhält ermäßigte Auslandspässe?

Auf Grund der vom polnischen Finanzministerium im
Einvernehmen mit dem Innenministerium erlassenen An-
ordnung erhalten alle diejenigen Personen ermäßigte Aus-
landspässe zu 20 Bloty, deren Einkommen bei ledigen
auf nicht mehr als 7200 Bloty, bei Verheirateten auf 9600
Bloty jährlich oder deren Vermögenssteuer auf nicht mehr
als 30 000 Bloty von den Finanzbehörden festgesetzt ist.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. Anna 28. 1. Aufwertung 15 Prozent = 166,65 Zł., und
die Zinsen zu 5 Prozent von dieser umgerechneten Summe für die
letzten vier Jahre, die 88,32 Zł. betragen. 2. Wenn der Mieter
zweimal mit der Miete im Rückstand ist, können Sie ohne
Kündigung das Mietverhältnis lösen — es sei denn, daß der Rück-
stand auf Arbeitslosigkeit oder auf außergewöhnliche Not zurückzu-
führen ist. Wenn die Koggenbedingung den im Mietvertrags-
festgesetzten Prozentsatz übersteigt, ist sie u. E. unzulässig.

Bekanntmachung.

Anlässlich eines amtlich festgestellten Falles
von Maul- und Klauenseuche unter dem Vieh-
bestande des Besitzers Herrn Stanisław
Gobalski, ul. Łucka Nr. 7, wird folgende, die
Maul- und Klauenseuche betreffende, veteri-
när-polizeiliche Verordnung erlassen:
Zwecks Bekämpfung der Maul- und
Klauenseuche verordne ich auf Grund d. §§
16 p. p. des Seuchengesetzes vom 26. 6. 1909
(Deutsches Gesetzbl. S. 519) sowie der diesbezüg-
lichen Verordnungen des Ministeriums für Land-
wirtschaft und Staatsdomänen u. auf Grund
der Polizeiverordnung vom 31. 12.
1926 Nr. 40 180/26 1 was folgt:

§ 1. Das verseuchte Gehöft ul. Łucka 7
bildet einen Sperrbezirk. Sämtliches Klauen-
vieh (Rindvieh, Schafe, Ziegen, Schweine)
dieses Gehöfts müssen im Stalle, die Hunde
an der Kette gehalten werden. Sämtliches
Geflügel ist einzuperrern mit Ausnahme d. Gänse
und Enten, welche aber so unterzubringen
sind, daß sie das Gehöft nicht verlassen dürfen.

§ 2. Das Hinausführen von Klauenvieh
auf dieses Gehöft ist verboten. Das Ausführen
von Schlachtvieh ist nur mit Erlaubnis der
Polizeibehörde und des Tierarztes gestattet
und zwar unter der Bedingung, daß das Vieh
bis zum Schlachthaus auf dem Wagen unter
Polizeiaufsicht gebracht wird.

§ 3. Das Hineingehen dieses Gehöfts darf
auch außerhalb desselben benutzt werden, so-
fern die Füße vor dem Verlassen des Gehöfts
jedesmalig genügend gereinigt und desinfiziert
werden.

§ 4. Das Betreten des verseuchten Ge-
höfts ist verboten und nur dem Eigentümer
des Gehöfts bzw. den Fütterern u. Wiegern
der Tiere und dem Veterinärarzt gestattet.
Das Gehöft darf nur nach vorheriger einge-
führter Desinfektion der Hände, des Anzuges
und Schuhwerks verlassen werden, womit
man mit den kranken Tieren in Berührung
gekommen ist. Zur Pflege des Klauenviehes
des Gehöfts dürfen nicht Personen verwendet
werden, welche mit fremdem Vieh in Berührung
kommen.

§ 5. Die Verabfolgung von Milch vom
verseuchten Gehöft ist nur nach vorhergehender
Erhitzung auf 70° C 30 Minuten lang oder
85—90° C eine Minute lang gestattet. Die
Molkereien haben die Abfallprodukte (Molken,
Buttermilch usw.) vor der Abgabe durch-
zulaugen und die Milchkannen vor der Rück-
gabe an die Besitzer mit einer 3%igen Soda-
lösung zu reinigen.

§ 6. Aus dem verseuchten Gehöft dürfen
Stuten zum Decken auf fremde Gehöfte nicht
geführt werden, ebenso dürfen nicht fremde
Stuten auf das verseuchte Gehöft geführt
werden.

§ 7. Ueberdies wird ein Schutzbezirk
festgelegt. Zu diesem gehört mit Ausnahme
des verseuchten Gehöfts (§ 1) das Territorium
der Stadt Bydgoszcz sowie sämtliche im Um-
kreise von 15 km davon belegenen Ortschaften.

§ 8. In der Stadt Bydgoszcz mit Vor-
orten sowie im sämtlichen im Umkreise von
15 km davon belegenen Ortschaften ist ver-
boten:

a) die Abhaltung von Wochen- und
Jahrmärkten mit Ausnahme der Schlacht-
viehmärkte auf den städtischen Schlachthöfen,
sowie die Führung von Klauenvieh
zu Wochen- und Jahrmärkten;
b) der Handel mit Klauenvieh u. c) die
Versteigerung von Klauenvieh mit Aus-
nahme der auf dem eigenen Gehöft des
Besitzers abgehaltenen Versteigerungen von
Tieren, welche mind. ehestens die letzten drei
Monate im Besitz des Hauseigentümers
waren.

§ 9. Im ganzen Schutzbezirk (§ 7) ist
das Verladen und Ausladen von Klauenvieh
nur nach vorhergehender freierärztlicher
Untersuchung und gegen Vorbringung eines
Gesundheitsattestes gestattet.

§ 10. Die Molkereien des ganzen Schutz-
bezirks sind verpflichtet, sämtliche Abfallpro-
dukte (Molken, Buttermilch u. s. w.) nur
nach vorhergehender Erhitzung auf 85—90° C
und die zum Milchtransport benutzten Milch-
gefäße nur nach vorchriftsmäßiger Reinigung
mit 3%iger Sodaaflösung an die Lieferanten
zurückzugeben.

§ 11. Die vorstehende veterinär-polizei-
liche Verordnung tritt mit dem Tage der Ver-
öffentlichung in Kraft.

§ 12. Uebertretungen der obigen Ver-
ordnung werden laut Straf-Vorschriften
(§§ 74—77) des obig angeführten Viehseuchen-
gesetzes in Verbindung mit § 2 der Verord-
nung des Finanzministers vom 1. 8. 1924,
betreffend die Abänderung der Strafbemessung
geahndet.

Bydgoszcz, den 29. Januar 1927.

Der Stadtpräsident.

J. A. (—) Hańczowski, Stadtrat.

Patentanwalt

Dipl.-Ing. Winnicki,
Bydgoszcz, Plac Wolności 2,
empfängt alltäglich von 9—12 u. 2—5
außer Mon. ag. 8314

Wer erteilt Unterricht
in Buchführung und
Maschinenzeichnen?
Angeb. u. 3. 1500 a. d.
Geschäftsbl. d. Zeitung.
Säusel 3.80 zł p. Str.
troden u. fein gechn.
frei ins Haus, garant.
reines Koggenfleisch,
Gemeinsch. Safer
u. Kleie verfr. billigt
Häufel- u. Schrotverfr.
Korn Annel (Neuer
Markt) Nr. 3. 1521
— Telefon 1452.

Wer erteilt Unterricht
in Buchführung und
Maschinenzeichnen?
Angeb. u. 3. 1500 a. d.
Geschäftsbl. d. Zeitung.
Säusel 3.80 zł p. Str.
troden u. fein gechn.
frei ins Haus, garant.
reines Koggenfleisch,
Gemeinsch. Safer
u. Kleie verfr. billigt
Häufel- u. Schrotverfr.
Korn Annel (Neuer
Markt) Nr. 3. 1521
— Telefon 1452.

Mul- und Brennholz- Verkauf

in der Gräf. v. Alvensleben'schen Revier-
Forsterei Bronie, p. Wabrzeźno (Pom).
Am Donnerstag, d. 10. Februar
vormittags 10 Uhr
kommt im Gasthaus Deuble, Aröl. Nowa-
wies, gegen Barzahlung zum Verkauf: Eichen-
Buchen- und vorwiegend Kiefern-Brennholz,
Fichten-Verbstangen 1.—III. Kl., Weichsel-
hänzen, Eichen-Rugrollen, Raupfähle, Raben-
holz, Schirrhölz, Kloben, Knüppel und Reifig-
hauen. 2424

Mulholz-Verkauf nicht vor 2 Uhr nachmittags.

Gräf. v. Alvensleben'sche Forst-
verwaltung Stromect.

Städtische Gasanstalt Bydgoszcz

gibt ab zu ermäßigten Preisen

Benzol

hell, pa. Qualität, für Motoren.

Abgabe in eigenen Fässern.

Meldungen ul. Jagiellońska 38,

Telefon 630 2057 Telefon 630.

Zur Frühjahrsbestellung

offerierte ich meine Spezialerzeugnisse als:

Ackereggen :: Saateggen

Mäufelpflüge

Ein- und Mehrscharpflüge

Kartoffelquetschen

und sonstige Landw. Geräte usw.

Bitte Preise einfordern.

Ernst Padubrin, Trzeciewiec

powiat Bydgoszcz. 1917

oto grafien

zu staunend billigen

Preisen

Passbilder sofort mit-

zunehmen.

Centrale für Fotografien

nur Gdańska 19. 2319

Ranarienbühne

gut singend, hat abzu-

geben und verdient auch

p. Nachn. unt. Garantie ul. Jasna 8, l. r. 775.

Gegründet 1898 Gegründet 1898

Rübenschneider

Kartoffeldämpfer

Kartoffelquetschen

Göpel

Dreschmaschinen

Getreidereinigungs-
maschinen

Häckselmaschinen

Milchzentrifugen

sofort lieferbar.

Günstige Zahlungsbedingungen.

Franc. Kloss i Syn

Bydgoszcz

Gdańska 97 2188 Telefon 1683

Wer erhält ermäßigte Auslandspässe?

Auf Grund der vom polnischen Finanzministerium im
Einvernehmen mit dem Innenministerium erlassenen An-
ordnung erhalten alle diejenigen Personen ermäßigte Aus-
landspässe zu 20 Bloty, deren Einkommen bei ledigen
auf nicht mehr als 7200 Bloty, bei Verheirateten auf 9600
Bloty jährlich oder deren Vermögenssteuer auf nicht mehr
als 30 000 Bloty von den Finanzbehörden festgesetzt ist.

Habe noch einige tausend Ztr. mit zollfreier Einfuhr
abzugeben. Bestellungen bitte ich umgehend aufzugeben.

Helmuth Behrendt, Czersk. Telefon 28. 2354

Telegr.-Adr. Großhandel.

Welche 3 Jahre gelernt
hat arbeitet Kleider
für 15-20 zł, Mäntel
für 15-18 zł usw. 1293

Perf. Schneiderin, welche 3 Jahre gelernt
hat arbeitet Kleider
für 15-20 zł, Mäntel
für 15-18 zł usw. 1293

Gieniewicz 32, 2 Str.

Freundinnen-Berein.

Sonntag, den 6. Februar, 4 1/2 Uhr

im Zivil-Kasino: 2439

Dr. med. Charlotte Schüb geb. Belsch

Geschlechts-Krankheiten

der Frauen und Kinder.

Mitglieder frei. (Mitglieds-Karte 1927.)

Gastkarten für Frauen zu 1 zł am Eingang.

Jugendliche bis 21 Jahren ausgeschlossen.

Kirchenzettel.

• Bedeutet anschließende
Abendmahlsfeier.

Fr. A. = Freitagen.

Sonntag, d. 6. Febr. 1927.

(S. S. n. Epiph.)

Bromberg. Pauls-

kirche. Vorm. 10 Uhr:

Gottesdienst der Pauls-

kirche im Gemeindehaus.

Erp. Mann. 11 1/2 Uhr

Kinder-Gottesdienst im Ge-

meindehaus. Die Nach-

mittags-Gottesdienste fallen

aus. Nachm. 5 Uhr Ver-

sammlung d. Jung-Mäd-

chenvereins im Gemein-

dehaus. Donnerstag, abds.

8 Uhr Bibelstunde im Ge-

meindehaus. Fr. Festel.

Evangel. Pfarreikirche.

Vorm. 10 Uhr: Pfarrer

Gesellschaft. 1/2 12 Uhr Ab-

Gottesdienst. — Dienstag,

abds. 7 1/2 Uhr Blaukreuz-

versammlung im Konfes-

mandenhaus.

Christuskirche. Vorm.

10 Uhr: Fr. Wurmbecher.

Fr. A. 1/2 12 Uhr Kinder-

Gottesdienst im Gemein-

dehaus. Mittwoch, abds.

8 Uhr: Versammlung des

Jung-Männer-Vereins im

Gemeindehaus.

Luther-Kirche. Kran-

kenfeier 8 1/2 8. Vorm.

10 Uhr Gottesdienst. Fr.

Laßahn aus Banskburg.

11 1/2 Uhr Abdr. Gottesd.

Nachm. 3 1/2 Uhr Jugend-

bund. Nachm. 5 Uhr: Er-

bauungshunde.

Ev.-luth. Kirche. Pote-

nerstraße 18. Vorm. 9 1/2

Uhr: Beichte. 10 Uhr:

Beicht-Gottesdienst. —

Freitag, abds. 7 Uhr:

Bibelstunde. Fr. Paulig.

Christl. Gemeinshaft.

Marcinowstiege. Fräulein

(Krause) 8h. Nachm. 2 Uhr

Kinder-Gottesdienst. — 3 1/2

Uhr Jugendbund. 5 Uhr

Evangelisations-Versamm-
lung. Abds. 8 Uhr Jugend-

bund. Dienstag, abds. 7 1/2

Uhr: Gesangsstunde. —

Mittwoh. abds. 7 1/2 Uhr

Bibelstunde.

Schlesien. Vorm.

10 Uhr Gottesdienst, da-

nach Kindergottesdienst.

Donnerstag, abds. 8 Uhr

Bibelstunde in Blumens-
Klosterheim.

Al. Bartelsee. Vorm.

10 Uhr Gottesdienst, da-

nach Kindergottesdienst.

Wielno. Nachm. 3 Uhr

Beicht-Gottesdienst. Fr.

Beicht, Come a. Fr.

Ostfeld. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst.

Wielichowski. Nachm.

2 Uhr Gottesdienst.

Natol. Vorm. 10 Uhr

Gottesdienst, und Kinder-

Gottesdienst. Nachm. 3

Uhr Gottesdienst. Corlin

Nachm. 3 Uhr Jugend-

bundverein. Donnerstag,

nachm. 6 Uhr Bibelstunde.

2425

Die Zeitung.

Statt besonderer Anzeige.

Am Mittwoch, den 2. d. M., 4 Uhr nachm., ent-
schlief sanft nach langem, schwerem Leiden, aber im
Augenblick unerwartet, unsere liebe gute Mutter,
Schwiegermutter und Großmutter, die Lehrerrwitwe

Marie Bischoff

geb. Sohm

im 70. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen

Elisabeth Bischoff.

Bydgoszcz, den 4. Februar 1927.

Die Beerdigung findet am Montag, den 7. d. M.,
nachm. 1/4 Uhr, von der Halle des neuen evangel.
Kirchhofes aus statt. 1522

Am Mittwoch, den 2. Februar, entschlief nach
schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter
Vater, der

Hausbesitzer

Emil Lüd

im Alter von 61 Jahren.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Berta Lüd geb. Zellmann.

Bydgoszcz-Szwederowo, den 4. Februar 1927.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 6. Februar,
nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Fried-
hofes Szwederowo, ul. Kossata aus statt. 1533

Nach kurzem Krankenlager ver-
schied am 2. Februar, abends 10 1/2 Uhr,
unsere geliebte Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter

Emilie Klinger

im 67. Lebensjahre. 1535

Die trauernden Hinterbliebenen

Familie Barz.

Bruszc, den 4. Februar 1927.

Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 6. Februar, nachmittags 2 1/2
Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Allen denen, die meiner Schwester in ihrer
schweren Krankheit so liebevoll beigekanden haben
und ihrer im Tode so herzlich gedacht haben, be-
sonders Herrn Superintendenten Ahmann für seine trost-
reichen Worte am Grabe sowie der Rasthofsgesellschaft
„Erholung“ und dem deutschen Frauenbunde für die
herzlichen Nachrufe, sage ich auf diesem Wege

meinen innigsten Dank.

Bydgoszcz, den 1. Februar 1927. 1537

Landesbaurat A. Vespermann.

Bei unserer Ausreise nach Deutschland
rufen wir allen unseren lieben Verwandten,
Freunden und Bekannten ein

herzliches Lebwohl

Adam Bießer u. Frau, Janowicz.

Bekanntmachung.

Die St. Paulskirche muß wegen not-
wendiger baulicher Arbeiten für einige Wochen
geschlossen werden. Während dieser Zeit findet
der Gottesdienst im Gemeindehause statt.

Bromberg, den 3. Februar 1927.

Der evang. Gemeinde-Kirchenrat.

Warthener Börse vom 3. Februar. Umläge, Verkauf — Kauf.
 Belgien —, Budapest —, Oslo —, Holland —, London
 43,51, 43,62 — 43,40, Neuport 8,95, 8,97 — 8,93, Paris 35,30, 35,39
 — 35,21, Prag 26,56, 26,62 — 26,50, Riga —, Schweiz 172,60,
 173,03 — 172,17, Stockholm —, Wien 128,35, 126,66 — 126,04, Italien
 38,37 1/2, 38,47 — 38 28.

r. Zirkle (Straßow), 1. Februar. Zu dem Mord im Kadusch ist ergänzend zu berichten, daß nicht während eines Maskenballs, sondern bei einem gewöhnlichen Tanzvergnügen durch einen unmaskierten Mann die Tat ausgeführt wurde. Der Ermordete hatte dem Mörder draußen angelauert und lag dort mit ihm Händel an, worauf derselbe das Messer zog und dem Angreifer einen Stich zwischen die Rippen und einen zweiten in den Hals versetzte, wobei die Schlagader durchschnitten und der sofortige Tod herbeigeführt wurde. Eine Frau hatte den Vorfall beobachtet und angegeben, wohin der Mörder geflohen war. So konnte derselbe bald darauf in der Wohnung seiner Braut verhaftet werden. Das vorgefundene blutige Messer und der blutbefleckte Rock waren dann der untrügliche Beweis. Der Rohling gestand auch die Tat ein.

Von der Warschauer Börse. Warschau, 3. Febr., (Sta. Draht.) Auf der Warschauer offiziellen Geldbörse lagen heute die Devisen London und Schweiz fester, die Devisen Wien dagegen schwächer. Die Nachfrage nach ausländischen Saluten hat bedeutend zugenommen. Der Bedarf stellte sich auf 280.000 Dollar und wurde eigentlich nur durch die Bank Polak gedeckt. Im privaten Geldverkehr ist der Dollar auf 8,92 gestiegen. Abends 6 Uhr zahlte man sogar 8,92½. Für den Goldrubel zahlte man bei kleinem Verkehr 4,71. Auf dem Anleihen- und Aktienmarkt herrschte eine ausgesprochen feste Stimmung für alle Werte. Sowohl Anleihen als auch Aktien wurden viel umgekauft. Das größte Interesse galt den Aktien der Bank Polak.

Ämliche Benennungen der Danziger Börse vom 3. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert: Devilen:
London 25,13 Gd., 25,135 Br., Reupert — Gd., — Br., Berlin
122,646 Gd., 123,954 Br., Warchau 58,03 Gd., 58,17 Br. — Noten:
London 25,12 Gd., — Br., Reupert — Gd., — Br., Berlin
122,671 Gd., 123,929 Br., Holl. 100 Gd., — Gd., — Br., Polen
58,03 Gd., 58,17 Br.

Kleine Rundschau.

* **Aufklärung des Mordes an Prof. Rosen.** Vor etwa zwei Jahren war in seiner Villa bei Breslau der Professor Rosen und sein Hausmeister Stöck ermordet worden. Die Hausdame, Fräulein Neumann, war gefesselt aufgefunden worden. Man verhaftete sie damals, da sie im Verdacht stand, an der That theilhaft gewesen zu sein, mußte sie aber später wieder freilassen, weil man ihr nichts nachweisen konnte. Die eifrige deutsche Polizei hat aber die Nachforschungen nach den Mördern nicht eingestellt. Und jetzt endlich sind ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt worden: Der im Strafgefängnis zu Wohlau seine 15jährige Zuchthausstrafe verbüßende Jahn hat gestanden, auf Anstiften der Wirthschafterin des Professors Rosen, Fräulein Neumann, zusammen mit einem gewissen Strauß, den Professor Rosen und dessen Hausmeister Stöck ermordet zu haben. Zwei Kriminalbeamte begaben sich Sonntag von Breslau nach Niesenburg, um die Neumann zu verhaften, mußten aber feststellen, daß der Vogel ausgeflogen war. Sie ist aber nunmehr in Breslau verhaftet worden.

Bereine, Veranstaltungen u.

* Eine Wahnsinnsthat auf offenem Meere. Nach einer Meldung aus Manila tötete der Sergeant der philippinischen Polizei in einem plötzlichen Wahnsinnsanfall auf Deck des Dampfers „San Antonio“ einen amerikanischen Offizier sowie fünf Passagiere und verletzten sieben Passagiere schwer. Der Mörder versuchte auf einem Boot zu entfliehen, wurde jedoch, als das Boot an Land fiel, verhaftet.

Wirtschaftliche Rundschau.
Die Paul Wydoski.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Pant Bydgosti.

Am Freitag der vergangenen Woche fand eine Versammlung der Aktionäre der Bank Sydgoski statt, auf der über das weitere Schicksal des Institutes beraten wurde. Der bereits früher gefasste Beschluss der Liquidierung der Bank als Aktiengesellschaft und ihre Umwandlung in eine Genossenschaft wurde auch jetzt wieder für richtig und notwendig erachtet. Die Liste der Gerechten weist schon gegenwärtig annähernd 200 Namen mit 400 Anteilen zu 500 Zł. auf, unter denen sich fast alle ehemaligen Aktionäre der Bank befinden. Es wurden die Statuten angenommen und der aus elf Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat gewählt.

Die „N. W.“ meldet hierzu, daß gemäß Verordnung des Finanzministeriums die Bank Sydööst in Liquidation übergeht. Die wir erfahren, ist hierunter nur die Liquidation der Bank als Aktiengesellschaft zu verstehen.

Weitere Abnahme des Kohlenexportes.

Der ersten Hälfte des Januar um weitere 100 000 Tonnen gefallen (650 000 in der ersten Hälfte des Dezember, 550 000 in der ersten Hälfte des Januar). Außer der starken Abnahme von polnischer Kohle auf dem englischen Markt ist ein Nachlassen des Exportes auch nach Italien und der Schweiz eingetreten. Vergrößert hingegen hat sich die Ausfuhr von Kohle nach Österreich und Schweden.

Die Staatliche Landwirtschaftsbank (Bank Rolny) ist bekanntlich im vergangenen Sommer und Herbst Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen gewesen. Gewisse Vorkommnisse in der Geschäftsführung gaben seinerzeit sogar Veranlassung zu einer gerichtlichen Untersuchung und bald nach dem Staatsreich Vilnidski zur Auflösung des Aufsichtsrats. Von verschiedenen Seiten war zuletzt die völlige Liquidation dieser Bank, die in erster Linie den Aufgaben der jgg. Aquareform dienen soll, gefordert worden. Die laute Gegenbewegung der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände, der Radikalen Bauernpartei usw. verhinderte aber im letzten Augenblick die Übertragung der Funktionen der Bank Rolny auf die Bank Gospodarstwa Krajowego (Staatliche Landwirtschaftsbank). Daß die Weiterexistenz der Bank Rolny heute als gesichert erscheinen darf, geht daraus hervor, daß (nach einer Meldung des Krakauer „Gazet“) der Finanzminister jochen die Erhöhung des Aktienkapitals der Bank von 14 auf 20 Mill. Loty angedorn hat. über die weiteren Statutenänderungen sáeben noch Verhandlungen.

Der Spottpreis für polnische Aebke zeigt, nach Danziger Mittheilungen, in den letzten Tagen fallende Tendenz. Der Preis hat bereits den Stand wie vor dem englischen Streik erreicht und beträgt gegenwärtig 15 Sh. sob Danzig. Dieser Preisrückgang für Exportsohle ist in der Hauptsache durch die englische Konkurrenz verursacht worden.

Zollermäßigung für Reis. Im „D. Nst.“ Nr. 7 d. J., Pos. 54, ist eine Verordnung des Finanzministers vom 20. Januar d. J. erschienen, auf Grund deren der Zoll für geschälten, glatten Reis auf 20 Procent des Normalzolles ermäßigt wird.

In den Vorstand der „Starboform“ sind bei der kürzlich in Paris stattgefundenen Aufsichtsratsitzung gewählt worden: zum Präsidenten Pernerimhoff, zum Vizepräsidenten Widomski, zu Mitgliedern des Vollzugsrates aus dem polnischen Seite Kotlik und Mementomiez, von französischer Seite General Le Rond und Ing. Simon. (Se Rond war bekanntlich Oberstformändernder der internationalen Truppen während der oberösterreichischen Besatzungs- und Abkürzungszeit und ein inniger Freund und Gönner Korfasins. D. Red.)

Milchseife gegen Polen. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. D. hat auf Grund des Viehseuchengesetzes zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche mit Genehmigung des Landwirtschaftsministeriums seine Anordnung vom 21. 12. 1926, betr. Einfuhrverbot von Butter und sonstigen Molkereiprodukten aus Polen aufgehoben und an ihrer Stelle folgendes bestimmt: Die Ein- und Durchfuhr von Milch aus Polen, soweit sie nicht in Polen zuverlássig auf mindestens 85 Grad Celsius erhítet worden ist, wird verboten. Diese neue Anordnung wird aufgehoben, sobald die Gefahr der Maul- und Klauenseuche-Einfuhrung aus Polen erloschen ist.

Ermäßigung des französischen Bankdiskonts. Die Bank von Frankreich setzte den Wechseldiskont von $6\frac{1}{2}$ auf $5\frac{1}{2}$ Prozent und den Lombardzinsfuß von $8\frac{1}{2}$ auf 8 Prozent herab.

Geldmarkt.

Städter Börse vom 3. Februar. (Auktion.) Wien 73,28, —, Neuport 5,19, —, London 25,21, —, Paris 20,45, —, Bräa 15,40, —, Italien 22,20, —, Belgien 72,30, —, Budapest 90,86, —, Seltinators 13,12, —, Sofia 3,75, —, Holland 207,75, —, Oslo 134,27, —, Kopenhagen 133,50, —, Stockholm 138,71, —, Spanien 87,15, —, Buenos Aires 2,15, —, Loflo —, —, Bukarest 2,82, —, Lihen 6,90, —, Berlin 123,20, —, Belgrad 9,13, —, Konstantinopel 2,64, —.

Die Bank **Wolff** zählt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine
8,90 **Pl.** do. H. Scheine 8,89 **Pl.** 1 Rfd. Sterling 43,31 **Pl.**
100 franz. Franken 35,08 **Pl.** 100 Schweizer Franken 171,83 **Pl.**
100 deutsche Mark 211,18 **Pl.** Danziger Gulden 171,86 **Pl.** österr.
Schilding 126,79 **Pl.** tischg. Krone 26,45 **Pl.** Lotg.

Astienmarkt.

Pojsener Börse vom 3. Februar. Wertpapiere und Obligationen: 3¹/₂ Proz. Pojsener Prov.-Obl. mit dtsch. Stempel 80–78, 5proz. dsl. lftb. Proz. Ziem. Kredit 740, 5proz. Pz. Kommers. 0,50. — Bankaktien: Bank Am. Pot. (1000 M.) 5,50 Bank Przemslomow (1000 M.) 1,00. Bank Zw. Sp. Jarosf. (1000 M.) 9,50. — Industriekaktien: Arzona (1000 M.) 2,00. Brow. Krotzschütz (50 Zl.) 19,00. Brzefti-Auto (1000 M.) 3,50. C. Garwina (50 Zl.) 28,00. Hertzfeld-Viktors (50 Zl.) 30,00. Dr. Roman Man (1000 M.) 57,00–56,50. Tri (1000 M.) 22,00–23,00. Unja (12 Zl.) 10,00. Wila, Wygodacz (15 Zl.) 5,00. Tendenz: anhaltend.

Produktenmarkt.

Weizen. Grandenz, 3. Februar. Letzte Notierungen für 100 Mg. loco Verladestation: Roggen 40—42, Weizen 50—52, gewöhnliche Gerste 34—36, Brauergeste 36—38, Seiger 29—31, Felderbsen 40 bis 45, Vissoriaerbsen 70—80, Pelschiken 22—25, Scarabella 23—25, Nide 30—38. Tendenz ruhig.

Mehl. Grandenz, 3. Februar. Preise für 100 Kg.: Kaiser-
mehl 94, Weizenmehl „0000“ 74, Roggenmehl 60proz. 60, 65proz. 59;
Roggenstroh 49, gemischtes Stroh 40, Gerstengrütze 55. Tendenz
anhaltend.

Fleisch und Fleisch. Graudenz, 3. Februar. Preise für 100 Kg. Lebendgewicht bei Barzahlung: Rinder 1. Gattung 100—110, 2. Gattung 90—100; Schweine 1. Gattung 170—180, 2. Gattung 160; Schafe 1. Gattung 80—90, 2. Gattung 80, 3. Gattung 70; Kälber 1. Gattung 140, 2. Gattung 100, 3. Gattung 60. Tendenz ruhig. — Fleischnpreise für 1 Kg. bei Barzahlung: Rindfleisch 1. Gattung 2, 2. Gattung 1,80, 3. Gattung 1,20; Schweinefleisch 1. Gattung 2,10 bis 2,20, 2. Gattung 2; Hammelfleisch 1. Gattung 2, 2. Gattung 1,80, 3. Gattung 1,20; Kalbfleisch 1. Gattung 1,80, 2. Gattung 1,40, 3. Gattung 1,00. Tendenz ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 3. Februar. Getreide- und Deifsaat für 1000 R., koft für 100 R. in Goldmark. Weizen märk. 269—273, März 293,50—292,50, Mai 285, Juli 285,50. Roggen märk. 254—257, März 267,50, Mai 265,50, Juli 252,00. Gerste: Sommergerste 217—245, Futter- und Wintergerste 194 bis 207, Hafer märk. 190—200, März —, Mai 211,50, Juli 217,00. Mais loco Berlin 190—192. Weizenmehl franto Berlin 35,25 bis 38,00, Roggenmehl franto Berlin 35,00—37,25. Weizenkleie franto Berlin 15,25 bis —. Roggentleie franto Berlin 15,50 bis —. Raps —. Leinfaat —. Bisttoriaerblen 50,00—66,00, kleine Spel-
erblen 33—38, Futtererblen 22—25. Beluchten — bis —. Aderbohnen — bis —. Widen 23 bis 24,50. Lupinen blau 15,25—16,50, do. gelb 17,75—18,25. Terradella neu 27,50—30,00. Rapstuchen 16,50 bis —, Leintuchen 21,00—21,50. Trodenhüchel 11,80—12,10. Soga-
schrot 20,10—20,50. Kartoffelflöden 29,80—30,20. — Terdenz für Weizen stetig, Roggen fest, Gerste ruhig, Hafer still, Mais ruhig.

Materialienmarkt.

Metalle. Warschau, 8. Februar. Notierungen für Rohmetalle franko Waggon Verladestation: Rotheisen „Czernochau“ Nr. 0 200 Zl., Nr. 1 — 198, Nr. 2 — 185, Nr. 3 — 175, Roßgußeisen „Staporskow (Ioso Hütte)“ Nr. 0 — 210, Nr. 1 — 200, Nr. 2 — 195, Nr. 3 — 190, Eisenbruch 195 Zl.

Berliner Metallbörse vom 3. Februar. Preis für 100 Kg.
in Gold-Marf. Hütenrohstanz (fr. Verfehr) — bis —, Remated
Blattzint 56,25—57,25, Original-Alumin. (98—99%) in Bäden,
Walz- oder Drahtbaren 210, do. in Walz- oder Draht. (99%),
214, Hütenzint (mindelsten 99%), —, Reimnidel (98—99%),
340—350, Antimon (Regulus) 120—125, Silber i. Barr. f. 1 Kilogr.
900 fein 83,00—84,00.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand und der Weichsel betrug am 2. Februar in Grafauf + 2,04 (2,02), Zamischott + 1,22 (1,25), Warischau + 1,73 (1,77), Ploetz + 1,28 (1,30), Thorn + 1,25 (1,26), Norden + 1,33 (1,33), Culm + 1,11 (1,14), Graudenz + 1,54 (1,53), Kurlagebat + 1,83 (1,85), Montau + 0,40 (0,40), Pielitz + 1,09 (1,10), Dirschau + 0,94 (0,97), Einlage + 2,30 (1,16), Schiemenshoff + 2,50 (2,34) Meter. (Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Haupt- und Schriftleiter: C. Starke; verantwortlich für Vollst.: J. Kruse; für den wirtschaftlichen Teil: D. Wiese; für Stadt und Land und für den übrigen redaktionellen Inhalt: M. Deyke; für Anzeigen und Reklamen: C. Franzosaki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten
einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 26.

Gut möbl. Zimmer
zu vermieten 1518